



**Umbau der DDR-Wirtschaft  
und Implikationen für die BRD**

---

**Studie  
von Werner Kampeter  
für die Landtagsfraktion  
der SPD Niedersachsen**

Bonn, 30. Januar 1990

## Inhalt

- 1 Zusammenfassung
- 2 Die Ausgangssituation
  - 2.1 Die Dynamik des Zusammenbruchs der DDR
  - 2.2 Die Bundesrepublik unter Solidaritätszwang
  - 2.3 Wahlkämpfe und politische Verantwortung
- 3 Die qualitative Dimension
  - 3.1 Dramatik
  - 3.2 Der falsche Weg: die DDR als verlängerte Werkbank
  - 3.3 Der richtige Weg: der Umbau zur modernen Informationsgesellschaft
  - 3.4 Schutz vor Konkurrenz und Hilfe der BRD
  - 3.5 Bescheidenheit und Zurückhaltung
- 4 Die quantitative Dimension
  - 4.1 Wie teuer wird der Umbau ...
    - 4.1.1 Übernahme der kurzfristigen sozialen Kosten des Wandels
    - 4.1.2 Kurzfristige Verbesserung des Lebensniveaus
    - 4.1.3 Verbesserung der allgemeinen Produktions- und Lebensbedingungen
    - 4.1.4 Investitionsbedarf im Unternehmensbereich
  - 4.2 ... und wer bezahlt?
    - 4.2.1 Finanzierungsspielräume in der DDR
    - 4.2.2 ... und in der BRD
- 5 Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik
  - 5.1 Die Unumgänglichkeit der Devisenbewirtschaftung
  - 5.2 Zur Rolle westdeutscher Unternehmen
- 6 Die Entwicklung im Fall eines schnellen Beitritts
  - 6.1 Institutionelle Folgen
  - 6.2 Wirtschaftliche Konsequenzen



C07-01045

## 1 Zusammenfassung

Einkommen für die DDR-Bürger auf westlichem Niveau, das erfordert einen langjährigen Aufbauprozess. Kurzfristig ist ein weiteres Absinken des durch eigene wirtschaftliche Leistung erzielbaren Lebensstandards kaum zu vermeiden. Deswegen wird der Massenexodus von Arbeitskräften aus der DDR erst einmal anhalten und damit die Erfolgchancen des wirtschaftlichen Aufbaus zunichte machen. Es droht eine kumulative Dynamik des Scheiterns. Da der Bundesrepublik daran nicht gelegen sein kann - sie steht unter einem unausweichlichen politischen und wirtschaftlichen Solidaritätszwang - muß sie

- \* die kurzfristig entstehenden Kosten des Umbaus in der DDR übernehmen,
- \* kurzfristig für eine deutliche Verbesserung des dortigen Lebensstandards sorgen,
- \* langfristig den wirtschaftlichen Aufbau der DDR massiv unterstützen.

Der Ausbau der ostdeutschen Exportkapazitäten unter Ausnutzung der niedrigen Arbeitskosten würde die Übersiedlungsbewegung nur noch verstärken. Die DDR darf deshalb nicht zur "verlängerten Werkbank" der westdeutschen Industrie werden, sondern muß voll zu einer modernen Informationsgesellschaft ausgebaut werden. Dies erfordert umfangreiche Investitionen sowie eine radikale Reform der staatlichen Lenkungsinstitutionen und der Unternehmen. Während des Umbaus müßte die DDR-Wirtschaft vor der westlichen Konkurrenz geschützt werden. Marktwirtschaft ohne leistungsfähige Produktionsvoraussetzungen wirkt für die DDR zerstörerisch.

Für die lange Umbauphase läßt sich ein Finanzierungsbedarf von jährlich etwa 300 Mrd DM errechnen. Davon könnten in der DDR unter günstigen Bedingungen 90 Mrd DM aufgebracht werden. Der Rest - 210 MRD DM jährlich - müßte von außen kommen. Es geht also nicht ohne spürbare wirtschaftliche Opfer der BRD (Vermögensabgaben, höhere Steuern).

Im Interesse der ostdeutschen Konkurrenzfähigkeit müßte die

DDR-Währung lange Zeit sehr niedrig bewertet sein, andernfalls fände der Boom in Westdeutschland statt. Der gleichzeitig benötigte massive Kapitalzufluß aus dem Westen ließe dies jedoch nicht zu. Folglich bedarf es künstlicher Eingriffe in den Devisenmarkt (etwa einen gespaltenen Wechselkurs). Eine Währungsunion mit der Bundesrepublik, die sich nicht auf eine gemeinsam getragene Devisenbewirtschaftung stützt, oder die Schaffung eines einheitlichen Währungsgebietes hingegen droht, unmittelbar zum Kollaps der DDR-Wirtschaft zu führen.

Im Wandel der DDR zur Hochtechnologiegesellschaft werden Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen nur eine geringe Rolle spielen. Entscheidend wird die Leistungsfähigkeit der DDR-Unternehmen selbst sein. Sie muß gesteigert werden.

Eine schnelle Vereinigung würde die Bundesrepublik kurzfristig mit noch höheren Zahlungsverpflichtungen konfrontieren und die Entvölkerung der (ehemaligen) DDR beschleunigen. Wir bekämen ein Zonenrandgebiet von der Elbe bis zur Oder.

## 2 Die Ausgangssituation

### 2.1 Die Dynamik des Zusammenbruchs der DDR

Einer schnellen politischen und wirtschaftlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten stehen gewichtige Gründe entgegen. Zum einen sind internationales Mißtrauen und Widerstände zu groß; allein die Verhandlung der notwendigen Vertragswerke würde viel Zeit beanspruchen. Zum anderen sind die Funktionsweisen der beiden Wirtschaften und der sie tragenden Institutionen zu unterschiedlich; ihr Umbau ist außerordentlich schwierig und erfordert ebenfalls viel Zeit.

Aber beide Bedenken könnten hinweggespült werden, wenn es zu einem ökonomischen Kollaps in der DDR und - über ein Plebiszit oder ein Sich-Überschlagen der politischen Ereignisse - zu einem sofortigen Beitritt kommt. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Möglichkeit erhöht sich in dem Maße wie

- \* sich der politische Impasse der letzten Wochen fortsetzt;
- \* die Entscheidungsunfähigkeit in Fragen des zukünftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells andauert;
- \* der Verschleiß der durch die demokratische Revolution gewonnenen Legitimität weitergeht.

Die DDR-Bevölkerung weiß, bzw. wird sehr schnell feststellen,

- \* daß der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nur mittel- und langfristig möglich ist;
- \* daß er sehr schwierig bis chaotisch verlaufen wird;
- \* daß er mit mehr oder weniger großen Einbußen der bisher erreichten gesellschaftlichen Produktivität und damit des aus eigener Kraft gewonnenen Lebensstandards verbunden sein wird;
- \* daß die Erfolgchancen des Umbaus mit der Abwanderung

progressiv abnehmen - es aber sehr verlockend ist, nach 6 Monaten in der BRD da zu sein, wo man nach 10 Jahren schwieriger Reformen in der DDR bestenfalls sein könnte;

Dies sind denkbar schlechteste Voraussetzungen, um Vertrauen in die eigene Zukunft zu behalten oder gar zu entwickeln. Vielmehr sind beste Voraussetzungen für eine kumulative Dynamik des Scheiterns gegeben: Vertrauensverlust führt zu Resignation, bremst die Entfaltung der angestauten kreativen Energien, führt zu zögerlichem, ja ängstlichem Verhalten auf allen Ebenen, zur Diskreditierung jedweder Maßnahmen und Programme jedweder Regierung, vermindert die Investitionsbereitschaft, gebiert Mißerfolge und weitere Abwanderung, stärkt die reaktionären Kräfte, führt zu einer immer weitergehenden Verschlechterung der Ausgangsbedingungen etc.

So besteht die große Gefahr, daß sich der Zerfall von Wirtschaft und Gesellschaft beschleunigen und einen Zustand allgemeinen Chaos herbeiführen wird. Anders gesagt: "Die Zeit, die für wirtschaftlichen Veränderungen erforderlich ist, wird mit Notwendigkeit länger sein als die Zeit, die vorhanden ist, um politische Legitimität aufrechtzuerhalten." (Dahrendorf).

## 2.2 Die Bundesrepublik unter Solidaritätszwang

Der *circulus vitiosus* von Vertrauensverlust, Desintegration und Krise kann nur von außen, und das heißt vor allem von der BRD durchbrochen werden. Dies erfordert,

- (1) daß die kurzfristig entstehenden sozialen Kosten des Umbaus weitgehend übernommen werden, denn der DDR-Kuchen wird kleiner werden. Der DDR-Staat sollte sich aber dem Umbau der Wirtschaft widmen können, sich nicht jedoch die Legitimität des Wandels durch Umverteilungsstreit untergraben lassen müssen. Für solchen Umverteilungsstreit ist das Land aufgrund der jetzigen populistischen Tendenzen und der Auflösung der bisher geltenden Umverteilungsregeln und -institutionen geradezu prädestiniert;
- (2) daß es kurzfristig zu einer deutlichen Verbesserung

des bisherigen Lebensstandards kommen muß, insbes. in den mobileren Segmenten der Bevölkerung,

- (3) daß die BRD aus einer mittel- und langfristigen Perspektive - unter Inkaufnahme auch von Fehlern und Rückschlägen - den Umbau der Wirtschaft unterstützt, und zwar
- \* bei der Verbesserung und dem Umbau der allgemeinen Produktionsvoraussetzungen in der DDR, also der physischen Infrastruktur, der staatlich-institutionellen und rechtlichen Infrastruktur, der notwendigen Institutionen zur Regulierung und Förderung des Wirtschaftsgeschehens, der beruflichen Bildung etc.;
  - \* bei der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung in der DDR (Sanierung von Wohnungen und städtischer Infrastruktur, Erholungsgebieten, Sportanlagen, Gesundheitswesen etc.);
  - \* bei der Erlernung und Beherrschung moderner Technologien und Organisationsmethoden, d.h. besonders ihrer kreativen Anwendung, in Unternehmen und allen staatlichen Bereichen der DDR;
- (4) daß die BRD-Unternehmen, in einer mittel- und langfristigen Perspektive in der DDR investieren. Diese werden eine solche Perspektive freilich erst dann übernehmen, wenn die Bundesrepublik an der Unverrückbarkeit ihres eigenen Engagements keine Zweifel aufkommen läßt.

Die Öffnung der DDR ist für die BRD mit einem unausweichbaren doppelten Solidaritätszwang verbunden.

So erzwingt das Postulat von der einen Nation die Anerkennung des Rechts der Bevölkerung der DDR auf ähnliche materielle Lebensbedingungen. Dieser Solidaritätszwang besteht unabhängig davon, ob es einen oder zwei deutsche Staaten gibt.

Aber auch das Eigeninteresse der Bundesrepublik gebietet solidarisches Verhalten. Wird die kumulative Dynamik des Scheiterns in der DDR nicht außer Kraft gesetzt, kommt es

zu einer massiven Abwanderung in die BRD. Sie käme der BRD (Eingliederung, Arbeitslosen-, Sozialhilfe, Wohnungsbau etc.) ebenfalls sehr teuer zu stehen. Die einzige Alternative für die BRD wäre dann, die Grenze dichtzumachen. Sie würde aber nur die illegale Einwanderung mit all ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen verstärken.

Scheitert der Umbau der DDR, ist es wahrscheinlich, daß auch die anderen osteuropäischen Wirtschaftsreformen scheitern. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen wären ebenso unabsehbar wie gräßlich.

### 2.3 Wahlkämpfe und politische Verantwortung

Die Logik der Wahlkämpfe in der bundesdeutschen Mediengesellschaft erschwert ein sachgerechtes Angehen der Probleme. Das populäre Wiedervereinigungsthema wird unnötig in den Vordergrund gerückt. Die enormen Kosten der Solidarität mit der DDR hingegen werden nicht thematisiert; damit kann man anscheinend nur Stimmen verlieren.

Hinzu kommt, daß die "freie Marktwirtschaft" im ideologisch-politischen Diskurs der letzten Jahre zur allein seligmachenden Kraft hochstilisiert worden ist. Dabei wurde und wird unterschlagen, daß sie nur die Spitze eines gewaltigen Eisbergs sehr komplexer institutioneller Voraussetzungen ist, die in der BRD unter großem Aufwand über viele Jahre gewachsen sind. Allein ihr Erhalt verschlingt einen erheblichen Teil des Volkseinkommens. Dennoch wird, weil es politisch opportun ist und für Parteien und Politiker gefährlich wäre, etwas anderes zu sagen, die Einführung freier Märkte als Allheilmittel für die DDR-Wirtschaft postuliert und die Öffentlichkeit und die Wähler über die eigentlichen Erfordernisse des Umbaus und die dafür notwendigen Ressourcen auf gefährliche Weise getäuscht.

Verantwortliche Politik kann nur darin bestehen, innerhalb der geringen Spielräume und selbst mit dem Risiko gewisser Stimmenverluste auf die richtige Wahrnehmung und ein besseres Verständnis der eigentlichen Probleme und ihrer Dimensionen bei der Bevölkerung hinzuarbeiten. Die Zeiten einer ungestraften flotten Image-Pflege sind vorbei.

### 3 Die qualitative Dimension

#### 3.1 Dramatik

Einige Faustregeln zum Ablauf des Umbaus der DDR-Wirtschaft:

- (1) Je unklarer die Wege und Ziele, desto größer die Risiken von Vertrauensverlust, mangelnder Investitionen, Zerfall und Chaos - und desto größer die Herausforderung an westdeutsche Solidarität.
- (2) Je schneller der Umbau oder je größer der Bruch mit der bisherigen Institutionalität, desto größer die sozialen Kosten und die Zukunftsangst der Bevölkerung - und desto größer die Herausforderung an westdeutsche Solidarität.
- (3) Je mehr sich die BRD dazu berufen fühlt, den Wandel zu beeinflussen und ihre Unterstützung mit Bedingungen verknüpft, desto größer die Destabilisierung und die Risiken des Scheiterns - und desto schwerer die späteren Lasten.
- (4) Je eingeschränkter und wankelmütiger die tatsächliche Solidarität der BRD, desto größer die Risiken des Scheiterns - und desto schwerer die später von der BRD zu tragenden Lasten.

Gegenwärtig weisen alle vier Faustregeln auf Krise und Chaos : Wege und Ziele sind unklar, die alten Institutionen zerbrechen rasch, die Solidarität der BRD bleibt rhetorisch und wird an vielfältige Bedingungen geknüpft.

Wenn wir die Möglichkeit eines sich beschleunigenden Zerfalls der DDR-Wirtschaft wie auch zunächst den Fall einer schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten ausschließen (s. dazu Abschnitt 5), sind zwei Szenarien für die weitere Entwicklung denkbar:

- \* das einer exportorientierten Weiterentwicklung der Wirtschaft, die die bestehenden Potentiale nutzt und verbessert;

- \* das eines mehr oder weniger radikalen Umbaus in eine moderne Informations- und Dienstleistungsgesellschaft mit einer der BRD vergleichbaren Leistungsfähigkeit.

Beginnen wir mir dem ersten Szenario.

### 3.2 Der falsche Weg: die DDR als "verlängerte Werkbank"

Die Exporte der DDR konzentrierten sich bisher auf billige Massenware. Daran ansetzend würde dieses Szenario eine Fortentwicklung und Rationalisierung der unter Honecker verfolgten export- und devisenorientierten Politik bedeuten. Die DDR-Wirtschaft würde allein wegen des Gewichts des innerdeutschen Handels unweigerlich zur billigen Werkbank der BRD werden. Doch selbst beim Übergang zu höherwertiger Massenfertigung müßte die DDR mit Niedriglohnländern konkurrieren (selbst in Korea und Taiwan bleiben Löhne und Lohnnebenkosten unter 20% des BRD-Niveaus). So könnte die DDR bei ihren Exporten wie in der Vergangenheit nur niedrige Einkommen am Markt durchsetzen und liefe ständig Gefahr, daß ihre Produktivitätsfortschritte durch das billigere oder noch produktivere Ausland wegkonkurriert werden.

Daher wäre keinesfalls zu erwarten, daß in der DDR auf diesem Wege in absehbarer Zeit Einkommen erzielt würden, die den BRD-Einkommen auch nur annähernd vergleichbar sind. So könnte sich die Einkommensschere zwischen beiden Ländern nicht schließen; vielmehr könnte sie sich sogar (bei schnellerem Produktivitätswachstum oder besseren Verwertungsbedingungen der BRD am Weltmarkt) noch weiter öffnen. Dann aber bliebe für viele DDR-Bürger jetzt und in Zukunft als einzig vernünftige Option die Übersiedlung in die BRD. Um die Massenabwanderung zu vermeiden, wäre die BRD gezwungen, Einkommen und Lebensbedingungen in der DDR permanent zu stützen (oder die Grenze dicht zu machen). Aber eine derartige konsumorientierte Hilfe würde zu keiner mittel- und langfristigen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft führen und wäre somit in der BRD kaum zu legitimieren. Dies kann also nicht der richtige Weg sein.

### 3.3 Der richtige Weg: der Umbau zur modernen Informationsgesellschaft

Mit der wachsenden Differenzierung der Märkte und der Beschleunigung des technischen Wandels ist der Erfolg eines Unternehmens zunehmend von seiner Innovationsfähigkeit und Flexibilität abhängig geworden. Unternehmen und Staat werden ständig vor neue und komplexe Herausforderungen gestellt und zur Reorganisation des Ganzen und der Glieder gezwungen. Nur wer das kann, kann am Weltmarkt hohe Einkommen durchsetzen. Und dies ist der Kern der modernen Informationsgesellschaft. Ein zentraler Aspekt leistungsfähiger Organisation ist heute, daß die Kommunikation nicht nur vertikal, sondern vor allem auch horizontal erfolgt, und daß dem einzelnen Mitarbeiter größere Eigenverantwortung übertragen wird. So setzen sich dezentrale Organisationsformen immer mehr durch.

Aus dieser Sicht ist die DDR zwei Schritte zurück, denn nicht nur die Unternehmen, sondern die ganze Wirtschaft ist entlang vertikaler Befehlsstrukturen organisiert. Daher erfordert der Umbau der Wirtschaft der DDR zwei grundlegende institutionelle Innovationen, nämlich

- \* die Transformation und Weiterentwicklung der übergreifenden institutionellen und infrastrukturellen Produktionsvoraussetzungen (administrativ-rechtliche Infrastruktur, Institutionen zur Regulierung und Förderung des Wirtschaftsgeschehens, Bildungswesen, Bereitstellung leistungsfähiger, physischer Infrastrukturen etc.), damit diese den Anforderungen eines dezentral organisierten Wirtschaftssystems genügen, das hohe Produktivität mit akzeptablen Standards von Verteilungsgerechtigkeit verbindet,
- \* die Reorganisation und den Aufbau von Unternehmen, die innerhalb dieses Rahmens eigenständig handeln und selbst dezentral organisiert sind, um den Herausforderungen in den nationalen und schließlich auch internationalen Märkte flexibel und innovativ begegnen zu können.

### 3.4 Schutz vor westlicher Konkurrenz und Hilfe der BRD

Diese doppelte Reorganisation der allgemeinen Produktionsvoraussetzungen und der Unternehmen ist ein enorm schwieriges, gesamtgesellschaftliches Unterfangen. Institutionen müssen umgebaut, neue Spielregeln, neue Denkweisen und neues Wissen entwickelt, internalisiert und gefestigt werden. Zudem muß der Umbau mehr oder weniger gleichschrittig erfolgen, es muß ein Ganzes, ein System daraus werden. Der Umbau zur modernen Informationsgesellschaft wird daher eine Reihe von Jahren beanspruchen. Auch muß auf allen Ebenen mit großen und kleinen Rückschlägen gerechnet werden.

Wollte man die DDR-Unternehmen in dieser Umbauphase der unbeschränkten Konkurrenz etwa der BRD-Unternehmen aussetzen, müßten sie kläglich scheitern: denn solange in der DDR nicht ähnlich leistungs- und doch anpassungsfähige allgemeine Produktionsvoraussetzungen geschaffen sind, und solange sich in den DDR-Unternehmen nicht in einem vergleichbaren Maße "unternehmerisches", innovatives und flexibles Denken durchsetzt hat, werden sie am Markt nicht bestehen können. Die Lern- und Innovationsprozesse würden schon unterbrochen, bevor sie überhaupt richtig begonnen hätten und die DDR-Wirtschaft geriete unweigerlich in einen Strudel kumulativer Desintegration und Unterentwicklung. Sie könnte bestenfalls bei billigen Massenprodukten am Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben (s.o.) und müßte die Hoffnung begraben, hiesige Produktivitäts- und Einkommensniveaus zu erreichen.

Die Einführung der Marktwirtschaft an sich, oder gar die Öffnung gegenüber der westdeutschen oder europäischen Konkurrenz, kann also die Probleme des Umbaus der DDR-Wirtschaft nicht lösen. Die Marktkonkurrenz würde die Unternehmen vielmehr massenweise in den Bankrott treiben. Der Markt ist kein Allheilmittel: er kann nur dann die erhofften Resultate erbringen, wenn leistungsfähige allgemeine Produktionsvoraussetzungen und leistungsfähige Unternehmen vorhanden sind. Andernfalls wirkt der Markt zerstörerisch.

### 3.5 Bescheidenheit und Zurückhaltung

Die eigentlichen Quellen des Wohlstands sind in der Informationsgesellschaft eben nicht mehr natürliche Ressourcen

oder die einfache Beherrschung von Technologien, sondern das mehr oder weniger effiziente Ineinandergreifen von gesamtgesellschaftlichen und unternehmerischen Organisationen sowie des Know-hows und der Arbeitsdisposition der darin agierenden Menschen. Genau hier liegen die zentralen Herausforderungen der Gegenwart - auch in der BRD: Staat und Unternehmen stehen unter dem Zwang, sich selbst und ihre Aktivitäten permanent zu reorganisieren. So ist es denn auch kein Zufall, daß z.B. der Aufstieg Japans nicht etwa mit der Effizienz seiner Märkte (die sind wie die deutschen durch Monopole, Oligopole, Kartelle, staatliche Eingriffe etc. vielfältig verzerrt), sondern mit der Leistungsfähigkeit seiner unternehmerischen und staatlichen Institutionen erklärt wird.

Dieses Ineinandergreifen der übergreifenden gesellschaftlichen und staatlichen Voraussetzungen, der Unternehmen und der Menschen ist von Land zu Land ganz unterschiedlich geregelt: die Vielfalt an Institutionen, staatlichen Eingriffen, ja an wirtschaftspolitischen Grundwerten, an Spielregeln, Funktions- und Denkweisen etc. ist enorm groß. Offenbar tickt jedes Land anders. Doch trotz ihrer unterschiedlichen Traditionen, Strukturen und Entwicklungswege haben manche von ihnen einen hohen Lebensstandard erreicht.

Wer oder welches Land könnte angesichts der Vielfalt an historischen Lösungen und Wegen sagen, welches die für die DDR richtige Lösung, welches der richtige Weg ist? Tickt nicht auch die DDR nach 40 Jahren auf ihre eigene Weise? Sollte der Umbau der in dieser Zeit geschaffenen Institutionen - die ja durchaus leistungsfähig sind: 60% des Pro-Kopfeinkommens der BRD können sich international sehen lassen - nicht von diesen Institutionen und den sie tragenden Spielregeln und Denkweisen der Menschen ausgehen? Wie sollte sonst ein Ganzes daraus werden, das in allen Teilen funktioniert?

Selbst wenn dabei am Ende BRD-ähnliche Institutionen und Verhältnisse herauskommen sollten, warum sollte man den Weg dahin in der BRD besser kennen als in der DDR? Wären etwa die Erfahrungen Südkoreas mit der vor einigen Jahren begonnenen Öffnung und Liberalisierung der Wirtschaft nicht viel relevanter als die auf westdeutscher Seite propagierten simplistischen Lösungen und Rundumschläge in Sachen freier Marktwirtschaft? Müssen politischer und wirtschaftlicher

Druck oder gar in expressiverischer Manier vorgetragene Forderungen den Umbau der DDR nicht noch erschweren oder gar Stückwerk werden lassen?

Die BRD sollte deshalb ihre Hilfe und Unterstützung im Prinzip bedingungslos gewähren und auf Fehler und Rückschläge gefaßt sein. Dabei sollte sich die BRD-Enthaltbarkeit durchaus auch auf Fragen des Privateigentums und seiner Rolle in der umgebauten DDR erstrecken. Eigentum und Kontrolle sind in der BRD in den großen Unternehmen und Konzernen, die, was Beschäftigte und Wertschöpfung anbelangt, das Rückgrat der Wirtschaft darstellen, schon lange nicht mehr in einer Hand. Die Anreize, die das Eigentum vermitteln soll, spielen deshalb - anders als bei kleineren und mittleren Unternehmen - für diesen Bereich keine Rolle. Hier handelt es sich vielmehr um komplexe, bürokratische Organisationen, in denen die unternehmerischen Entscheidungen von angestellten Managern (und Banken, d.h. von deren Managern) und - bei den heutigen dezentralen Strukturen - von den Beschäftigten auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Unternehmen getroffen werden. Ziel der Unternehmen ist freilich, die Kosten gering zu halten, bzw. Gewinne zu erwirtschaften und an diesem Ziel sind oder sollten die Unternehmensorganisation und das Verhalten der Mitarbeiter ausgerichtet sein. Die Verwirklichung dieses Ziels hat jedoch nichts mit Eigentum, sondern nur etwas mit Organisationsformen und Menschen und den Potentialen und Schwächen von beiden zu tun.

Aus dieser Sicht muß man sich dann fragen, warum etwa ein reorganisiertes DDR-Kombinat im Staatsbesitz am Ende nicht ebenso gut oder besser funktionieren können sollte wie ein Unternehmenskonglomerat in der BRD? Die Marktwirtschaft an sich kann ebensowenig Allheilmittel für die Leiden der DDR sein wie das Privateigentum an sich, auch wenn beide unter bestimmten Voraussetzungen durchaus positive Wirkungen entfalten können. Beide Begriffe sollten entideologisiert und nicht mehr als Oberbegriffe und Meßlatten des Umbaus der DDR-Wirtschaft benützt werden. Hingegen dürfte eine kritische und offene Diskussion der hiesigen Probleme, etwa des ökologischen Umbaus, auch für die Menschen in der DDR von Nutzen sein.

## 4 Die quantitative Dimension

### 4.1 Wie teuer wird der Umbau ...

#### 4.1.1 Übernahme der kurzfristigen sozialen Kosten des Wandels

Rückständige und unrationell arbeitende DDR-Betriebe müssen stillgelegt bzw. modernisiert werden. Dabei werden im Verlauf weniger Jahre schätzungsweise 3,5 Mill. Arbeitsplätze vernichtet werden (s.u.). Für viele wird es daher mehr oder weniger lange Perioden der Arbeitslosigkeit und der Umschulung geben, in denen für sie und ihre Familien gesorgt werden muß.

Die notwendige Anpassung der relativen Preise und die dadurch bedingte allgemeine Destabilisierung der Märkte wird viele Unternehmen in große Schwierigkeiten, wenn nicht in den Bankrott treiben. Hier entsteht bei Unternehmen und Beschäftigten zusätzlicher Vorsorgebedarf, der von diesen nicht abgedeckt werden kann.

Soweit Subventionen von Grundnahrungsmitteln, Wohnungen etc. abgebaut werden, müssen diese Verschlechterungen im Lebensniveau der Bevölkerung wettgemacht werden.

In den ersten Jahren dürfte für all dies ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 20% des Volkseinkommens der DDR keinesfalls zu hoch angesetzt sein. Das sind bei einem DDR-Bruttosozialprodukt von rund 400 Mrd DM jährlich 80 Mrd DM.

#### 4.1.2 Kurzfristige Verbesserung des Lebensniveaus

In den ersten Jahren müßte eine Verbesserung der Beschäftigteneinkommen um jährlich wenigstens 5% erfolgen, da sich sonst die DDR/BRD-Einkommensschere weiter öffnen würde. Nach 5 Jahren wären 25% erreicht, ein Niveau, das man dann, soweit sich die ersten Früchte der Reform zeigen, u.U. beibehalten könnte. Bei Beschäftigteneinkommen von grob geschätzt 200 Mrd DM würde diese Einkommenssubvention in 5 Jahren 175 Mrd DM kosten, also jährlich 30 Mrd DM.

Der Vorschlag einer "Bleibeprämie" von jährlich 1000 DM für

DDR-Bürger (Pfeiffer) liegt auf dieser Linie und würde jährlich 16 Mrd DM kosten. Ob aber weniger als 83 DM pro Monat ausreichen, um eine Durststrecke von 5 oder gar 10 Jahren durchzustehen, mag bezweifelt werden.

#### 4.1.3 Verbesserung der allgemeinen Produktions- und Lebensbedingungen

Hierfür wurde der Finanzbedarf von der Wirtschaftswoche folgendermaßen geschätzt:

1. Straßenbau	100 Mrd DM
2. Eisenbahn	5 Mrd DM
3. Telephonnetz	12 Mrd DM
4. Kanalisation (Netz +20%)	80 Mrd DM
5. Kläranlagen	30 Mrd DM
6. Luftreinigung Großkraftwerke	35 Mrd DM
7. Folgekosten der Braunkohleverbrennung, Umstellung auf andere Energieträger	50 Mrd DM
8. Wohnungsbau, -sanierung	200 Mrd DM
<b>SUMME</b>	<b>512 Mrd DM</b>

Auf 10 Jahre verteilt macht das jährlich 50 Mrd DM. Hinzu kämen der Investitionsbedarf der Gemeinden und im Gesundheitswesen, die Kosten des Umbaus von Verwaltung und Justiz, Mittel für die regionale und sektorale Förderung der Wirtschaft, für Berufsbildung, für Umschulungsprogramme usw., mindestens jährlich 20 Mrd DM.

#### 4.1.4 Investitionsbedarf im Unternehmensbereich

In der DDR gibt es 8,6 Mill. Berufstätige. Nach BRD-Standards würde die gleiche Wirtschaftsleistung von 5 Mill. Beschäftigten erbracht werden können. Die notwendige Modernisierung der Arbeitsplätze würde bei einem Investitionsbedarf (incl. der Kosten für Umschulung und Fortbildung) von im Schnitt 85000 DM, insgesamt 425 Mrd DM kosten.

Für die verbleibenden 3,6 Millionen müßten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Legt man die durchschnittliche Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz in der BRD zugrunde (209.000 DM), ergibt sich ein Kapitalbedarf von rund 750

Mrd DM.

Das sind zusammen 1175 Mrd, auf 10 Jahre verteilt jährlich 120 Mrd DM.

Summa summarum ergibt sich ein geschätzter (aber nicht vollständig erfaßter und vermutlich noch größerer) jährlicher Finanzierungsbedarf von 300 Mrd DM. Dies entspricht etwa 13 Prozent des Volkseinkommens der BRD im Jahre 1989.

#### 4.2 ... und wer bezahlt?

##### 4.2.1 Finanzierungsspielräume in der DDR

Harry Maier gab vor kurzem die Spareinlagen in der DDR mit 153 Mrd Mark an. Davon gehörten 80% Bauern und Handwerkern. Sie haben einen großen Investitionsbedarf. Hier wäre z.B. folgendes möglich:

- \* Soweit diese Spareinlagen investiv und zum Import von westlichen Kapitalgütern und Know-how genutzt werden, können sie zum günstigen Investitionskurs (s.u.) in westliche Devisen getauscht werden.
- \* Soweit sie auf, sagen wir, fünf Jahre fest angelegt werden, werden sie zum gleichen Kurs in DM umgetauscht und gängig verzinst.

Mit Hilfe dieses so gebildeten Kapitalfonds können dann andere Unternehmen, ggf. mit Zinssubventionen, ihre Käufe von Investitionsgütern im Ausland finanzieren. Zugleich würde dadurch das vielzitierte Problem des Kaufkraftüberhanges und der dadurch bedingten Inflationsgefahr weitgehend gelöst. Die Bundesbank würde die DDR-Mark als Aktiva einstellen, ihre Bilanz würde nur verlängert. Da die Nachfrage wegen der langen Vorlaufzeiten bei Investitionsgütern nicht schlagartig wirksam wird, wird auch in der BRD und in anderen Ländern der Inflationsimpuls gering bleiben.

Würde dieser Kapitalfond innerhalb von 3 Jahren ausgeschöpft, könnten damit bei einem Investitionskurs von 1:1 ohne Belastungen für die BRD jährlich ca. 50 Mrd DM des Investitionsbedarfs finanziert werden.

Angenommen, in der DDR seien bisher 10% des Bruttosozialproduktes für Investitionen im Unternehmensbereich aufgewendet worden und daß die Unternehmen auch in Zukunft auf dem einen oder anderen Weg Zugang zu diesem Kapital haben. Soweit sie damit westliche Kapitalgüter erwerben, werde ihnen auch das zu dem genannten Investitionskurs ermöglicht. Auf diese Weise wären weitere 40 Mrd DM des jährlichen Investitionsbedarfs der DDR finanzierbar.

Zusammengenommen wären das immerhin 90 der 120 Mrd DM, die im Unternehmensbereich erforderlich werden. Hingegen bestehen in den Bedarfs-Kategorien (1) bis (3) mit einem Gesamtbedarf von jährlich 180 Mrd DM kaum Möglichkeiten einer eigenständigen DDR-Finanzierung. Ein Loch von 210 Mrd DM, oder 9 Prozent des BSP der BRD, bliebe bestehen.

#### 4.2.2 ... und in der BRD

Alternativen für die Aufbringung der erforderlichen Mittel gibt es nicht viele. Schematisch könnte die Finanzierung etwa so aussehen:

- (1) Vermögensabgabe: 1950 wurden in Rahmen des Lastenausgleichs 25 Mrd DM des vorhandenen Vermögens beschlagnahmt - "für jene Zeit eine grausame Summe". 1988 belief sich allein der Bestand an Geldvermögen (einschl. Wertpapiere) der privaten Haushalte der BRD auf mehr als 2500 Mrd DM. Das Sachvermögen liegt in der gleichen Größenordnung. So sollte es selbst bei großzügigen Freigrenzen für die kleineren Vermögensbesitzer, nicht allzu schwer sein, einen Fonds von 250 Mrd zu schaffen (das ist relativ sehr, sehr viel weniger als die 25 Mrd vor 40 Jahren). Über 5 Jahre verteilt, wären das jährlich 50 Mrd DM. Aus "paritätischen" Gründen müßten wohl auch die Unternehmen mit einer einmaligen Vermögensabgabe belegt werden (auch wenn sie diese zum erheblichen Teil später auf Staat und Verbraucher abwälzen, werden zunächst Mittel freigesetzt). Da die BRD-Wirtschaft einen mehrjährigen und kräftigen "Transfer-Boom" erleben wird, werden die Unternehmen die Vermögensabgabe verkraften. Also nochmals jährlich 50 Mrd DM.

- (2) Erhöhung der Umsatzsteuern: Die Einnahmen aus den

wichtigsten Umsatzsteuern (MWSt, Einfuhrumsatz-, Mineralöl-, Tabaksteuer) beliefen sich 1988 auf rd. 165 Mrd DM. Eine durchschnittliche Erhöhung dieser Steuern um z.B. 30% (auf EG-Niveau) erbrächte jährlich 50 Mrd DM.

- (3) Erhöhung der Einkommenssteuern: Ihr Aufkommen lag 1988 bei rd. 240 Mrd DM. Eine Erhöhung um 10 Prozent erbrächte jährlich 25 Mrd DM.
- (4) Einsparungen der öffentlichen Haushalte: ihre Ausgaben belaufen sich auf etwa 700 Mrd DM. Einsparungen von 5% (z.B. weniger Sachinvestitionen; Senkung der Militärausgaben) sind nicht unmöglich. Das wären jährlich 35 Mrd DM.

Damit wäre der oben errechnete Finanzierungsbeitrag der BRD in Höhe von 210 Mrd DM erbracht. Doch gäbe es auch noch andere mögliche Quellen der Finanzierung:

- (5) Finanzlücken könnten durch staatliche Verschuldung abgedeckt werden. Wegen des zu erwartenden "Transfer-Booms" und der dadurch bedingten Steigerungen der staatlichen Einnahmen, dürfte nicht viel gegen höhere staatliche Verschuldung sprechen, besonders dann nicht, wenn die privaten Kapitalanleger sich gegenüber dem Umbau der DDR-Wirtschaft zurückhaltend zeigen.
- (6) Von den Direktinvestitionen deutscher Unternehmen hingegen ist quantitativ kein bedeutender Beitrag zu erwarten: der jährliche Umfang all ihrer weltweit getätigten Investitionen dieser Art ist gering; überdies wird die DDR wegen der großen Unsicherheiten und Risiken der kommenden Jahre kein attraktives Anlage-land sein.
- (7) Bei Anleihen der DDR am westdeutschen Kapitalmarkt dürfte die Bereitschaft der Anleger ohne staatliche Garantien ebenfalls gering sein. Bei größerer Auslandsverschuldung könnten überdies "lateinamerikanische" Zustände einkehren. Da mag es dann sinnvoller sein, dem Pfeiffer'schen Vorschlag zu folgen, die Bleibepremie mit Sparanreizen zu versehen, um die innere Kapitaldecke der DDR zu vergrößern und zugleich einen Beitrag zur Vermögensbildung der Bürger in der

DDR zu leisten.

Andererseits ist das Finanzierungspotential der Kapitalmärkte beträchtlich: die Nettoersparnisse der privaten Haushalte der BRD beliefen sich 1988 auf 137 Mrd DM. Davon wurden 84 Mrd DM, also 61% (!), im Ausland angelegt (unter dem Strich wurden damit vor allem die US-Leistungsbilanzdefizite finanziert). Man stelle sich vor, es gelänge, einen größeren Teil dieser Mittel (etwa über langfristige, staatlich garantierte Anleihen), in die Finanzierung des DDR-Umbaus zu lenken! Überdies könnte man die Sparfreude der Haushalte nach bewährten Mustern anreizen und dadurch den Ersparnistopf noch vergrößern.

Fazit: Der Umbau der DDR-Wirtschaft ist auf die eine oder andere Weise finanzierbar. Allerdings geht dies nicht ohne spürbare wirtschaftliche Opfer der BRD und erfordert deshalb harte politische Entscheidungen. Sie müssen sehr bald getroffen werden, um nicht von den Ereignissen überrollt zu werden. Dabei gilt: Je früher der Prozeß des Umbaus der DDR-Wirtschaft beginnt und je dynamischer er sich entfaltet, umso schneller wird er selbsttragend und von der BRD-Finanzierung unabhängig. Ohne Zweifel würde die BRD jedoch über wenigstens 5 Jahre mit öffentlichen oder privaten Beiträgen in der Größenordnung von jährlich 200 Mrd DM in der Pflicht bleiben. Danach könnte der BRD-Finanzierungsbedarf ggf. sogar schnell zurückgehen.

## 5 Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik

### 5.1 Die Unumgänglichkeit der Devisenbewirtschaftung

Unter den normalen marktwirtschaftlichen Spielregeln wäre der Kollaps der DDR-Wirtschaft unter der Wucht der riesigen Finanzierungswooge aus der BRD unvermeidlich. Einige der marktwirtschaftlichen Spielregeln müssen deswegen bis zum Abschluß des gesamtwirtschaftlichen Umbaus der DDR außer Kraft gesetzt werden.

Bei Transfers, die zumindest in den ersten Jahren bei 200 Mrd DM oder 50 Prozent des gegenwärtigen Volkseinkommens

der DDR liegen müßten, wäre es überhaupt kein Problem die Parität von DM-Ost und DM-West auf 1:1 festzulegen oder gleich die DM-Ost durch die DM-West zu ersetzen. Mehr noch, bei freier Wechselkursbildung am Markt wäre unter dem riesigen DM-Angebot eine noch kräftigere Aufwertung der DM-Ost unvermeidlich. Auf die eine oder andere Art würden sich die Einkommen von DDR-Bürgern und -Unternehmen gewaltig erhöhen, und sie könnten mit der großzügigen BRD-Hilfe mühelos all das kaufen, was ihnen das Leben bisher vorenthalten hat.

Welche Konsequenzen hätte aber ein Wechselkurs von 1:1 für die DDR-Unternehmen? Die Antwort fällt nicht schwer: sie würden reihenweise und sehr schnell in den Bankrott getrieben, denn wie sollten sie, wenn sie vorher bei einem Wechselkurs von 1 DM-West zu 6 DM-Ost nur knapp konkurrieren konnten, mit einer solchermaßen überbewerteten DDR-Mark bestehen können?

Erinnern wir uns: die BRD-Wirtschaft kam in den 50er Jahren durch eine Unterbewertung der DM auf die Beine und hat sich auch danach in fast allen Jahren durch die DM-Unterbewertung internationale Wettbewerbsvorteile verschafft, die ihre Wirtschaft dynamisierten. Die anstehenden Transfers würden jedoch zu einer Überbewertung der DDR-Mark führen und damit die DDR-Wirtschaft enorm schädigen. Der Boom fände in der BRD, nicht in der DDR statt. Dies ist die seit den 20er Jahren verstandene Logik des sog. "Transfer-Problems" und der Hauptgrund, warum die Sieger nach dem 1. und dem 2. Weltkrieg schließlich auf Reparationszahlungen verzichteten.

Die DDR-Wirtschaft braucht also eine unterbewertete Währung, um gegenüber der ausländischen Konkurrenz bestehen zu können. Es wird sich aber über die Transferzahlungen eine Tendenz zur Überbewertung ergeben. Dieses Dilemma ist nur auf zwei Wegen zu lösen:

- \* durch die künstliche Stabilisierung des Wechselkurses der Mark-Ost durch die Zentralbanken, und zwar auf einem Niveau, das der Mehrheit der DDR-Unternehmen erlaubt, am Weltmarkt zu konkurrieren;
- \* durch Importzölle und Exportsubventionen, bzw. andere die Wettbewerbsnachteile kompensierende Subventionen

für die Unternehmen.

Die Nachteile des zweiten Weges sind bekannt: Verzerrungen der relativen Preise und der Einkommen sowie hoher bürokratischer Aufwand. Abgesehen von den falschen Marktsignalen und Wohlfahrtsverlusten, würde auf diese Weise die Planwirtschaft nur als geschöner Phönix aus dem Feuer des Umbaus hervorgehen.

Diese Nachteile besitzt der erste Weg nicht, wenngleich er besonders die Bundesbank vor ungewohnte Aufgaben stellen würde. Ein System der Devisenbewirtschaftung erfordert, daß Devisen nach bestimmten Kriterien (quantitative Beschränkungen, unterschiedliche Wechselkurse) an Unternehmen, Konsumenten, staatliche Instanzen oder Touristen abgegeben werden. Ein solches System könnte etwa folgendermaßen aussehen:

- (1) Der Konsumgüterkurs müßte so festgelegt werden (z.B. 10 Ostmark gleich 1 DM), daß die Mehrzahl der DDR-Unternehmen vor der ausländischen Konkurrenz bestehen kann.
- (2) Über den Investitionskurs (z.B. 1:1) würde der Kauf von ausländischer Technologie und Know-how begünstigt. Dies ist besonders in den ersten Jahren wegen des hohen Importbedarfs wichtig. Die durch einen solchen Kurs bedingte Diskriminierung der Produzenten von Kapitalgütern und Know-how in der DDR müßten allerdings durch entsprechende Subventionen kompensiert werden. Dies wird gerade in diesem Bereich sowieso erforderlich sein (weil die Lernprozesse hier am schwierigsten sind). Mittel- und langfristig müßte und würde sich die Differenz zwischen Investitions- und Konsumgüterkurs verringern.
- (3) Zuwendungen an öffentliche Hände in der DDR könnten, soweit sie zur Finanzierung laufender Ausgaben dienen, zum Konsumgüterkurs getauscht werden, und, soweit damit öffentliche Investitionen finanziert werden, zum Investitionskurs. Für andere Transaktionen zwischen Behörden in Ost und West mag zusätzlich ein behördlicher Kurs nützlich sein.
- (4) Um die gerade gewonnene Freizügigkeit nicht wirt-

schaftlich zu unterlaufen, sollten jedem DDR-Bürger bis zu einer Obergrenze im Jahr (z.B. 1000 DM) zu einem günstigen Kurs Devisen zur Verfügung gestellt werden (z.B. zum Investitionskurs von 1:1). Ein solcher hoher Kurs könnte auch für BRD-Bürger, die in die DDR reisen wollen, gelten.

Da der Umbau der DDR-Wirtschaft mit mehr oder weniger hoher Inflation verbunden sein wird, dürfen diese Wechselkurse nicht zu rigide sein, aber auch nicht zu beweglich, da sie sonst selbst Inflation und Unsicherheit erzeugen. Um die Unsicherheit bei allen Wirtschaftsteilnehmern nicht noch unnötig zu vergrößern, sollten klare, allseits verständliche und nachvollziehbare Regeln für die Veränderung der Wechselkurse festgelegt werden.

Schwarzmarkt und Korruption werden sich zwar nicht vollständig vermeiden lassen, doch ist die Devisenbewirtschaftung, besonders im Zusammenhang mit gespaltenen Wechselkursen, die administrativ einfachste und sauberste Lösung des Transferproblems. Sie verzerrt die Marktsignale weniger als es hohe Schutzzölle und Subventionen aller Art tun würden. Eine Währungsunion von BRD und DDR, die sich nicht auf eine gemeinsam getragene Devisenbewirtschaftung stützt, oder gar die Schaffung eines einheitlichen DM-Währungsgebietes, würde dagegen den schnellen Bankrott der DDR-Unternehmen und der DDR-Wirtschaft herbeiführen. Dies könnte nur durch umfangreiche, direkte Unternehmenssubventionen, die die DDR-Wettbewerbsnachteile ausgleichen müßten, vermieden werden.

## 5.2 Zur Rolle westdeutscher Unternehmen

Auch BRD-Unternehmen, die in der DDR investieren, werden aufgrund der unzureichenden und sich wandelnden allgemeinen Produktionsvoraussetzungen und der notwendigen Lehr- und Lernprozesse über längere Zeit nicht die gewohnten Produktivitätsniveaus erreichen. Soweit sie überhaupt investieren, werden sie, um unter den Standortnachteilen der DDR möglichst wenig zu leiden, in erster Linie standardisierte Produktionssegmente in die DDR verlagern ("verlängerte Werkbanken"). Dabei werden sie die Subventionsspielräume besser ausschöpfen können als die DDR-Unternehmen. Aber sie werden kaum in jenen Bereichen investieren, die mit einem

Transfer von hochwertigem Wissen und Spitzentechnologien verbunden sind. Westdeutsche Unternehmen werden daher keine zentrale Rolle im Wandel der DDR zur Hochtechnologie- und Informationsgesellschaft spielen.

Es kommt hinzu, daß BRD-Unternehmen über etablierte Zugänge zu den Beschaffungsmärkten und Endproduktmärkten verfügen. Ihre Investitionen sind deswegen kaum mit Rückkopplungseffekten für die Wirtschaft der DDR verbunden (um so mehr mit solchen für die BRD). Ihre dynamisierenden Wirkungen und ihr potentieller Beitrag zur Entwicklung der DDR bleiben entsprechend gering.

Da die DDR-Wirtschaft eine sehr schwierige, mit vielen Unsicherheiten behaftete Phase durchlaufen wird, ist jedwede Investition mit hohen Risiken verbunden. Risikokapital ist aber überall (außer für Spekulation an der Börse) knapp. Da anderswo sicherere Anlagemöglichkeiten zur Genüge offenstehen, besonders in der BRD selbst, die einen transferbedingten, kräftigen Boom erleben wird, kann nicht damit gerechnet werden, daß ein bedeutender Teil des privaten Investitionsbedarfs in der DDR von westlichen Unternehmen gedeckt werden wird.

Umso mehr müssen die DDR-Unternehmen selbst in die Lage versetzt werden, diese Investitionen vorzunehmen, schließlich effizient zu nutzen und damit auch aus eigener Kraft finanzierbar zu machen.

## 6 Die Entwicklung im Falle einer schnellen Beitritts

Die Rufe in der DDR nach einer Volksentscheid zur schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten mehren sich. Angenommen, die Mehrheit stimmte für die Vereinigung, die Alliierten und Verbündeten stimmten dem zu - vielleicht, weil zu diesem Zeitpunkt die institutionelle und wirtschaftliche Desintegration der DDR keine andere Wahl mehr ließe. Welches wären die wichtigsten Konsequenzen? Welche wirtschaftliche Dynamik wäre zu erwarten?

## 6.1 Institutionelle Folgen

Die unmittelbare Ausweitung des Grundgesetzes auf das Gebiet der DDR hieße u.a.:

- (1) Die Bürger der Ex-DDR würden unmittelbar und gleichberechtigt in das soziale Netz der BRD fallen: Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe, volle Rentenansprüche nach westdeutschem Recht und Sätzen, Recht auf gleiche medizinische Versorgung, auf BaFÖG etc. All diese Leistungen könnten ihnen nicht lange vorenthalten werden.
- (2) Der Länderfinanzausgleich und der Gemeindefinanzausgleich müßten innerhalb kurzer Zeit auf die Ex-DDR ausgeweitet und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden;
- (3) Die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst müßten ziemlich schnell auf das westdeutsche Niveau gebracht werden. Daß es in der DDR keine Beamten und kein Beamtenrecht gibt, wäre kaum eine Erleichterung, denn beide würden neugeschaffen werden müssen.
- (4) Überhaupt müßten Löhne und Gehälter in Ost- auf das gleiche Niveau wie im Westdeutschland gebracht werden. Dazu würden auch Gewerkschaften und Tarifverträge nach westdeutschen Mustern gehören.

Das Problem ist in diesen vier Bereichen stets ein doppeltes:

- \* Die bisherigen Leistungen in der DDR sind im allgemeinen wesentlich geringer als die hierzulande üblichen: die Integration würde daher sehr, sehr teuer werden.
- \* Viele der genannten Leistungen könnten ohne grundlegende Reformen der bestehenden DDR-Institutionen überhaupt nicht erbracht werden: der Finanzausgleich kann nicht funktionieren, weil Steuern, Steuersysteme, überhaupt das gesamte staatliche Finanzwesen, die Mechanismen der Verteilung und Umverteilung etc. so vollkommen anders strukturiert sind, die innere Logik eben eine ganz andere ist.

Die BRD stünde also vor dem Problem, kurzfristig noch umfangreichere Ressourcen als in dem zuvor geschilderten Szenario aufbringen zu müssen, und sie trüge außerdem die Verantwortung für eine Ausweitung der hiesigen Institutionen auf die Ex-DDR, und zwar ohne daß die westdeutschen Reformer auch nur ein bißchen Zeit hätten, die bestehende Institutionen der DDR gut und von innen heraus kennenzulernen, und ohne daß die jetzigen Mitarbeiter der DDR-Institutionen die Zeit und Muße hätten, die Vielfalt und die innere Logik der westdeutschen Institutionen zu erfassen. Man kann sich das Ausmaß des Aneinandervorbeiredens und der allgemeinen Verwirrung vorstellen, nicht zuletzt bei den Bürgern der dann nordostdeutschen Länder der Republik.

Noch schlimmer mag dabei sein, daß dies alles auf eine Kolonisierung der DDR hinauslaufen würde. Hie die Klugen und Reichen, da die armen Zurückgebliebenen. Es würden sich, auch wenn der wirtschaftliche Ausgleich einigermaßen gelingen sollte, viele der bekannten mentalen Probleme von Kolonisierten und Kolonialherren und ihrer gegenseitigen Abneigungen einstellen.

## 5.2 Wirtschaftliche Konsequenzen

Die Ausbreitung westdeutscher Lohn- und Einkommensniveaus auf den Osten Deutschlands würde so gut wie alle dortigen Unternehmen vor den unmittelbaren Bankrott stellen: das Produktivitätsniveau nur ganz weniger Unternehmen dürfte ausreichen um mit hiesigen Löhnen, Lohnnebenkosten etc. überleben zu können. Was tun?

Hielte man sich an liberalistische Rezepturen, müßte man sie eben bankrott gehen lassen: Arbeiter, Angestellte und Manager müßten sehen, wie sie weiterkommen. Eine massive Abwanderung wäre die Folge - mit all den Folgekosten im Westen und Süden der Republik.

Hielte man sich an das Modell "Kohlebergbau" (oder der EG-Landwirtschaft), müßte man jeden Arbeitsplatz mit 40000 DM im Jahr subventionieren. Dafür würden die Leute bleiben, wo sie sind, wengleich auch die Strukturen so blieben, wie sie waren.

So oder so würde es teuer - und im zweiten Fall unbezahlbar und untragbar. Allerdings waren in der Vergangenheit die Fähigkeiten der BRD, den Strukturwandel z.B. in veralteten Industrieregionen voranzutreiben, mehr als bescheiden: wie sollte da das BRD-Modell und seine Institutionen in der Lage sein, einen Strukturwandel eines Ausmasses, wie er in der DDR erforderlich ist, zu bewältigen? Die Institutionen der BRD wäre also nicht in der Lage, den erforderlichen Strukturwandel in der Ex-DDR zu bewältigen. Aus diesem Grund würde es zu einer starken Abwanderungsbewegung in den Westen der neuen Republik kommen. Überdies würden die übrigen osteuropäischen Länder, mit denen die DDR über 60% ihres Außenhandels abwickelt, schwer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Freilich würden nicht alle Ex-DDR-Bürger in den Westen kommen: die Alten würden bleiben, denn sie bekommen ihre DM-Renten auch ohne in den Westen zu ziehen. Die Staatsbediensteten in Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern würden ebenfalls bleiben. Sie brauchen Geschäfte, Restaurants, Schreiner, Bauunternehmer, und auch ihre Hallenbäder. So würden Handwerk, Dienstleistungen und einige kleinere Industriebetriebe, alle mit geographisch eng begrenzten Märkten, zunächst einmal goldene Zeiten erleben. Daneben würde es aufgrund der umfangreichen Infrastrukturinvestitionen und Wohnungsbauprogramme zu einer beträchtlichen Nachfrage nach Arbeitskräften (wenn auch vor allem bei westdeutschen Bauunternehmern) kommen.

Auf diese Weise würde das neue wirtschaftliche Leben auf der Basis der Nachfrage der Rentner und Staatsbediensteten, des Finanzausgleich und vermutlich des Tourismus errichtet werden - ganz nach dem Modell unserer Zonenrandgebiete. D.h. wir hätten ein Zonenrandgebiet bis zur Oder-Neisse, die alte Industriestruktur hätte sich aufgelöst, eine neue, moderne würde nicht entstehen.

Aber bei weitem nicht alle, die abwandern, und bei weitem nicht alle, die bleiben, würden ein gesichertes Ein- und Auskommen finden. Viele würden sich in einem von Armut, Gelegenheitsarbeit und sozialer Desintegration geprägtem Randsegment der Gesellschaft wiederfinden. Die Opferbereitschaft der Abgesicherten dürfte kaum ausreichen, um das soziale Netz entsprechend zu verbreitern. In Gesamtdeutschland würde sich die Zwei-Drittel-Gesellschaft etablieren.

Verwendete Quellen:

Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1990

Wirtschaftswoche, Nichtstun wird teurer, 12. Januar 1990

Fischer, Joschka, Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung,  
TAZ, 16.11.89

Pfeiffer, Ulrich, Tausend Mark pro Kopf. Die Zeit Nr. 48,  
1989

Zeit Symposium: Ende des Kommunismus - und was nun? Die  
Zeit Nr. 1, 1990